Frankfurter Rundschau
19.01.2018

Kapitalismus:

Braucht die Welt den Finanzsektor?

An die Stelle einer sozialen Marktwirtschaft ist eine antisoziale Wirtschaft getreten. Hier steht nicht mehr das Wohl der Bevölkerung, sondern das Wohl des Finanzsektors und einer reichen Elite im Vordergrund. Ein Essay von Mohssen Massarrat.

Vor zehn Jahren begann die zweite internationale Finanzkrise. Es gelang den Regierungen in den USA, der EU und Japan mit Rettungspaketen im Umfang von über Tausend Milliarden US-Dollar einen völligen Zusammenbruch des Finanzsystems wie in 1929 zu verhindern. Wird man aber noch einmal zu einem solchen Kraftakt zu Lasten der Steuerzahler in der Lage sein? Denn die neue Finanzkrise kommt bestimmt. Selbst Janet Yellen, die ehemalige Chefin der US-Zentralbank, schließt sie nur „zu unseren Lebzeiten“ aus. Ist es angesichts der historischen Erfahrungen und der Gefahr einer neuen Krise nicht an der Zeit, die Frage zu stellen, ob die Welt den Finanzsektor überhaupt noch braucht? Ein Rückblick auf die letzten Dekaden Entstehungsgeschichte des gegenwärtigen Finanzsektors kann helfen, auf diese Frage eine Antwort zu geben.

Alles wurde aber anders, als die keynesianische Politik der kreditfinanzierten Staatsausgaben in den 1980er Jahren an ihre Grenzen stieß und neoliberale Konzepte sich breit machten.

Mohssen Massarrat

Fakt ist, dass der Finanzsektor in der Nachkriegsära im Wesentlichen einer effizienten Geld- und Kreditversorgung für die Realwirtschaft gedient und als selbstständiger Sektor für Finanzspekulationen jedoch so gut wie keine Rolle gespielt hat. Alles wurde aber anders, als die keynesianische Politik der kreditfinanzierten Staatsausgaben in den 1980er Jahren an ihre Grenzen stieß und neoliberale Konzepte sich breit machten. Die neuen Propheten hatten hohe Arbeitskosten als Hauptgrund für die Wachstums- und Beschäftigungskrise jener Epoche ausgemacht.

Die Therapie lautete folgerichtig, die Löhne so konsequent wie möglich zu senken, koste es was es wolle. Tatsächlich ist diese Rezeptur auch aus einzelbetrieblicher Sicht so logisch wie banal. Ein einzelner Betrieb kann seine Absatzkrise durch Lohnsenkungen kurzfristig tatsächlich lindern. Das setzt aber voraus, dass in allen anderen volkswirtschaftlichen Betrieben die Löhne nicht sinken. Ganz anders ist aber, wenn die Löhne in der gesamten Volkwirtschaft - und dies in vielen Staaten beinahe gleichzeitig - sinken würden.

Dann fehlte die Nachfrage, die Binnenmärkte wären massiv geschwächt und die Absatzkrise zusätzlich verschärft. Genau das passierte in allen wichtigen kapitalistischen Staaten zwischen 1975 und 2015. In diesem Zeitraum sanken die Lohnquoten in den USA von 61 auf 57 Prozent, in Deutschland von 64 auf 56 Prozent, in Großbritannien von 66 auf 57 Prozent, in Frankreich von 78 auf 58 Prozent und in Japan von 78 auf 58 Prozent. Gleichzeitig

schrumpften auch die Wachstumsraten des BIPs in den USA von 3 auf 2 Prozent, in Deutschland von 2,5 auf 2 Prozent, in Großbritannien von 2,3 auf 2 Prozent, in Frankreich von 3 auf 1 Prozent und in Japan von 5 auf 1 Prozent.

Unternehmer konnten Gewinne nicht investieren

Der Grund für diese negative Entwicklung liegt klar auf der Hand: Unternehmer erwirtschafteten dank sinkender Arbeitskosten zwar überschüssige Gewinne, sie konnten sie jedoch angesichts schrumpfender Massenkaufkraft und Binnenmärkte nicht in der Realwirtschaft investieren. Tatsächlich sanken auch die Investitionsraten in den USA, der EU und Japan zwischen 1975 und 2010 von 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 18 Prozent. Im Klartext bedeuten diese Zahlen, dass die Unternehmer der westlichen Industrieländer über dreieinhalb Dekaden ihre Beschäftigten mit Dumpinglöhnen abgespeist, weniger investiert und weniger Jobs geschaffen haben, um überschüssige Gewinne zu erwirtschaften. Was ist aber in dieser Zeit mit diesen Gewinnen passiert, die nachweislich der Realwirtschaft vorenthalten wurden?

Die Antwort auf diese Frage geben uns mächtige internationale Banken wie Goldman Sachs und die hoch bezahlten Finanzspezialisten, die sich, parallel zur Politik der Lohnsenkung, an die Arbeit machten, um die immer üppiger werdenden überschüssigen Unternehmergewinne einzusammeln. Damit wurde der spekulative Finanzsektor wieder zum Leben erweckt, der nach der ersten Weltfinanzkrise von 1929 vorerst von der Bildfläche verschwunden war. Die Unternehmer zogen es, in Erwartung auf höhere Renditen, vor, fortan ihre Gewinne in den unproduktiven Finanzsektor zu investieren.

Platzt eine Spekulationsblase größeren Ausmaßes wie 2008, dann findet eine Umverteilung und Kapitalvernichtung von unvorstellbarem Ausmaß statt.

Mohssen Massarrat

So nimmt es auch nicht wunder, dass der Finanzsektor zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg rasant gewachsen ist: Betrug der Anteil des Handelsvolumens des Finanzsektors am globalen Bruttoinlandsprodukt 1975 lediglich ganze 8 Prozent, so wuchs es bis 2007 auf sage und schreibe 160 Prozent des weltweiten Inlandsprodukts. Allein in Deutschland summierten sich die überschüssigen Unternehmergewinne, die im Zeitraum 1991-2012 der Realwirtschaft entzogen und in den Finanzsektor geflossen sind, auf ca.1500 Milliarden Euro – dies, um vorstellbar zu machen, um welche Summen es sich handelte. Auf die OECD für den Zeitraum 1980 bis 2012 übertragen, ergäbe sich grob geschätzt der gigantische Betrag von über 303 Tausend Milliarden US-Dollar. Während der Finanzsektor in diesem Zeitraum um diesen Betrag aufgebläht wurde, hatten die Beschäftigten um dieselbe Summe weniger auf der Hand, was übrigens erklärt, warum sich die Schere der Einkommensverteilung in den letzten Jahrzehnten so massiv weiter geöffnet hat.

Ökonomisch wie moralisch skandalös

Im Finanzsektor, der diese Summen verschlingt, spielt sich durch Spekulation ein Nullsummenspiel ab. Während mächtige Banken und Großanleger bei dem „Spiel“ riesige Spekulationsgewinne einstreichen, werden die weniger mächtigen Anleger und vor allem Millionen Kleinanleger die Verlierer sein. Platzt eine Spekulationsblase größeren Ausmaßes wie 2008, dann findet eine Umverteilung und Kapitalvernichtung von unvorstellbarem

Ausmaß statt. So fiel auch das Handelsvolumen im Finanzsektor nach 2008 bis 2012 vorerst auf 80 Prozent des globalen BIPs zurück, es stieg allerdings bis 2015 wieder auf 160 Prozent, also auf das Vorkrisenniveau an.

Dies zeigt übrigens, dass der Finanzsektor heute noch mächtiger dasteht als vor 2008. Aus der zweiten Weltfinanzkrise, die alle in Angst und Schrecken versetze, haben die verantwortlichen Regierungen, entgegen allen ihren Bekundungen, offensichtlich keine Lehren gezogen. Die Finanzspekulation wurden weder reguliert noch eingedämmt, ein ökonomisch wie moralisch absolut skandalöser Vorgang. Wer jedoch genauer hinter die Kulissen schaut, muss feststellen, dass der Finanzsektor der westlichen Zivilisation in zwei Bereichen beträchtlichen Schaden angerichtet hat: steigende globale Armut und zunehmende Verschuldung. Beides bedarf näherer Erläuterung.

Dass sinkende Löhne der wichtigste Grund für wachsende Armut ist, muss hier nicht wiederholt werden. Offen bleibt aber die Frage, wie es möglich war, dass die Unternehmer Dumpinglöhne durchsetzen und über beinahe vier Dekaden halten konnten. Die Antwort auf diese Frage findet man im rasanten Anstieg der Massenarbeitslosigkeit auf den globalen Arbeitsmärkten. In der Zeit zwischen 1975 und 2015 stieg die Arbeitslosenrate in den USA von 5,5 auf 9,5 Prozent, in Deutschland von 2,5 auf 6,8 Prozent, in Großbritannien von 3 auf 8 Prozent, in Frankreich von 3 auf 9,5 Prozent und in Japan von 2 auf 5 Prozent. Der Zusammenhang zwischen sinkenden Löhnen und Massenarbeitslosigkeit ist unstrittig, er folgt aus dem ökonomischen Gesetz von Angebot und Nachfrage. Bei einem Überangebot an Arbeit sinkt unabwendbar der Lohn. Massenarbeitslosigkeit, sinkende Löhne und schrumpfende Binnenmärkte auf der einen Seite, sprudelnde Unternehmergewinne und der sich aufblähende Finanzsektor auf der anderen Seite gehören untrennbar zusammen und sind die zwei Seiten einer Medaille.

Damit wurde schleichend nicht nur die Demokratie ausgehebelt, sondern auch die Politik- und Demokratieverdrossenheit beflügelt und der Weg, wie wir dies in den USA und in Europa beobachten können, für die gefährliche Rechtsentwicklung und populistische Politiker und Parteien geebnet.

Mohssen Massarrat

Mindestens genauso folgenreich ist, dass sich die Staaten nicht nur im Süden, sondern auch im hoch industrialisierten Norden, nahezu parallel zum wachsenden Finanzsektor, massiv verschulden mussten. So stieg zwischen 1975 und 2013 die Schuldenquote (Anteil der Schulden am Bruttoinlandsprodukt) in den USA von 38 auf 100 Prozent, in Deutschland von 20 auf 75 Prozent, in Großbritannien von 20 auf 85 Prozent, in Frankreich von 18 auf 100 und in Japan von 30 auf sogar 240 Prozent.

Hauptverantwortlich für diese Fehlentwicklung ist die neoliberale Erzählung, die Unternehmer müssten außer durch sinkende Arbeitskosten auch steuerlich entlastet werden, damit sie mehr investieren und neue Arbeitsplätze schaffen können. Dabei strafen sinkende Investitionsraten diese Legende Lügen. Tatsächlich wurden die Spitzensteuersätze des obersten Zehntels der Einkommensgruppen zwischen 1980 und 2015 in den USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich von 55 bis 98 Prozent auf 35 bis 52 Prozent gesenkt.

Diktatur des Finanzsektors

Dies dokumentiert die Entwicklung einer Politik, die die Reichen reicher machte, den Finanzsektor abermals aufblähte und gleichzeitig öffentliche Armut produzierte. Verschuldete Staaten sind aber von den Reichen und dem Finanzsektor gänzlich abhängige Staaten. Das erklärt auch, warum der Finanzsektor nach 2008 stärker geworden ist. Das erklärt ebenso, warum sich die Politik der Regierungen in den kapitalistischen Staaten, unabhängig davon, welche Partei oder Koalition an der Macht war, immer ähnlicher geworden sind. Sie alle folgen letzten Endes der Diktatur des Finanzsektors. Damit wurde schleichend nicht nur die Demokratie ausgehebelt, sondern auch die Politik- und Demokratieverdrossenheit beflügelt und der Weg, wie wir dies in den USA und in Europa beobachten können, für die gefährliche Rechtsentwicklung und populistische Politiker und Parteien geebnet.

Die Realität ist komplex, das ist wohl wahr. Die Untersuchung von grundlegenden Strukturmerkmalen der wichtigsten kapitalistischen Staaten über einen längeren Zeitrahmen von beinahe vier Dekaden erlaubt es jedoch, die spezifischen Abweichungen abzustreifen, sozusagen den Weizen von der Spreu zu trennen und die komplexe Wirklichkeit aufzudecken: An die Stelle einer halbwegs funktionierenden sozialen Marktwirtschaft ist in den letzten Dekaden, parallel zur Entstehung des Finanzsektors, eine antisoziale, einseitig auf Unternehmer und Reiche fixierte Wirtschaft getreten, in der die produktive Realwirtschaft stagniert, in der Kapital und Arbeitsplätze vernichtet werden, Sozialabbau betrieben und das wichtigste soziale Problem der Gegenwart, die Massenarbeitslosigkeit, schön geredet wird. Bei den Wahlkämpfen in Deutschland, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, kommen die über 12 Millionen Menschen so gut wie gar nicht vor, die entweder überhaupt keinen Job finden, oder von ihrem Lohn nicht in Würde leben können, durch Leiharbeit oder Beschäftigungsbefristung in Angst und Unsicherheit leben müssen oder durch Altersarmut vom sozialen Leben abgeschnitten sind.

Unbemerkter Systemwechsel

Dabei hat unbemerkt ein Systemwechsel stattgefunden. Im neuen System steht, und das ist unbestreitbar, nicht mehr das Wohl der Bevölkerung, sondern das Wohl des Finanzsektors und einer reichen Elite im Vordergrund. Nein, die Welt braucht diesen Finanzsektor wirklich nicht. Auch der Kapitalismus braucht ihn nicht. In den Nachkriegsjahren ist der Kapitalismus ohne diesen Finanzsektor sogar viel besser gefahren. Demgegenüber ist eine Politik gefragt, die die Massenarbeitslosigkeit nicht durch Manipulation der Statistiken verharmlost, sondern auf Null reduziert.

Nein, die Welt braucht diesen Finanzsektor wirklich nicht. Auch der Kapitalismus braucht ihn nicht. In den Nachkriegsjahren ist der Kapitalismus ohne diesen Finanzsektor sogar viel besser gefahren. Demgegenüber ist eine Politik gefragt, die die Massenarbeitslosigkeit nicht durch Manipulation der Statistiken verharmlost, sondern auf Null reduziert.

Mohssen Massarrat

Dies ist keine Utopie, sondern sogar sehr realistisch. Dazu müssten die nach der Finanzkrise von den Zentralbanken der USA, Japans, Großbritanniens und der Eurozone zur Ankurbelung der Konjunktur in Umlauf gebrachten 15.000 Tausend Milliarden Dollar-Kredite, die bisher ihre Wirkung wegen sinkender Nachfrage und schrumpfender Binnenmärkte weitgehend verfehlt haben, gezielt dort investiert werden, wo sie wirklich gebraucht werden: beispielsweise durch Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor, zum

Ausbau des schlecht bezahlten Pflegepersonals, zur Rekommunalisierung und zum Ausbau des Gesundheitssektors und anderen öffentlichen Gütern, zu Investitionen in Bildung und zum Ausbau der regenerativen Energien und des Umweltschutzes. Nicht zuletzt müssen in allen verarmten Regionen der Welt gezielt Investitionen getätigt werden, um die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Zur Schaffung der Vollbeschäftigung, um langfristig marktgerechte Löhne zu sichern, reichen, so ist zu befürchten, alle diese Maßnahmen nicht aus, zumal im Zeitalter fortschreitender Digitalisierung. Dazu ist es letztlich unvermeidlich, die vorhandenen Arbeitsplätze durch eine flächendeckende Verkürzung der Arbeitszeit auf mehr Schultern zu verteilen.

Der Autor ist Professor i. R. für Politik und Wirtschaft am FB Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Sein aktuelles Buch „Braucht die Welt den Finanzsektor“, auf das er sich in diesem Essay bezieht, erschien Mitte September 2017 im Hamburger VSA Verlag.